

Fragen

**für die Fragestunde der 125. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. September 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baumann, Günter (CDU/CSU)	30, 31	Niebel, Dirk (FDP)	24, 25
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	3	Oßwald, Melanie (CDU/CSU)	18, 19
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	41, 42	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	4, 5
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	36, 37	Pau, Petra (fraktionslos)	14, 38
Grund, Manfred (CDU/CSU)	26, 27	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) ...	22, 23
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	11	Schirmbeck, Georg (CDU/CSU)	15
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	8, 9	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	16, 17
Klimke, Jürgen (CDU/CSU)	6, 7	Spahn, Jens (CDU/CSU)	39, 40
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	28, 29	Dr. Stinner, Rainer (FDP)	10
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	12, 13	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	32, 33
Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	34, 35	Wittig, Barbara (SPD)	1, 2
Müller, Stefan (Erlangen) (CDU/CSU)	20, 21		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
Barbara Wittig
(SPD)

Ist der Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass es im oberen Erzgebirge – beispielsweise in der Region Seiffen – permanent zu Geruchsereignissen durch Betriebsstörungen in Unternehmen auf tschechischer Seite sowie bei entsprechender Windrichtung zu einer latenten Geruchsbelästigung kommt, bekannt, dass die Benzolwerte erhöht sind, und wurden im Zeitraum Juli 2003 bis Juli 2004 erhöhte Benzolwerte gemessen?
2. Abgeordnete
Barbara Wittig
(SPD)

Wer ist nach Erkenntnis der Bundesregierung Verursacher der Geruchsbelästigungen auf tschechischer Seite, und wird von deutscher Seite bereits auf die tschechischen Behörden eingewirkt, Maßnahmen zur Vermeidung einzuleiten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

3. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)

Ist es möglich, dass trotz erfolgter Einordnung in den Bundesverkehrswegeplan und Detailabsprachen zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit Nutzen-Kosten-Verhältnisse für Baumaßnahmen von Bundesstraßen als unzureichend bewertet werden, und welche Konsequenzen hätte dies für die weitere Bau- und Kostenplanung dieser Maßnahmen?
4. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)

In welcher Höhe sind die Kosten für den Abriss des Palastes der Republik und die Kosten für die Anlage der gärtnerischen Übergangsgestaltung des Areals in den Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2005 eingestellt, und inwieweit werden diese Kosten mit dem Berliner Senat geteilt?

5. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- In welcher Höhe sind die Planungskosten zur Vorbereitung und Durchführung eines internationalen öffentlichen Architektenwettbewerbs, die laut Beschluss des Deutschen Bundestages vom 13. November 2003 zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Bundestagsdrucksache 15/2002 aus einem Investitionstitel des BMVBW vorzufinanzieren sind, in den Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2005 eingestellt, und inwieweit sind die Planungen bislang fortgeschritten?
6. Abgeordneter
Jürgen Klimke
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung, nachdem durch Voruntersuchungen bereits die ökologische Vertretbarkeit und die Wirtschaftlichkeit der Fahrrinnenanpassungen für Weser und Elbe festgestellt wurde (Pressemitteilung Nr. 331/04 des BMVBW vom 3. September 2004), die nach ihren eigenen Erkenntnissen für die Wettbewerbssituation der deutschen Seehäfen so wichtige Entscheidung unter verschiedene Vorbehalte (z. B. weitere FFH-Nachmeldungen der Länder von Flussästuaren, Priorisierung aller Maßnahmen im Bereich der Bundeswasserstraßen) gestellt, und teilt sie die Auffassung, dass sich diese Entscheidung dadurch günstigstenfalls auf viele Jahre verzögert?
7. Abgeordneter
Jürgen Klimke
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass im derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld die von ihr als „Jobmaschinen“ erkannten deutschen Seehäfen (Pressemitteilung Nr. 331/04 des BMVBW vom 3. September 2004) sich schnell an die sich verändernde Wettbewerbssituation werden anpassen müssen, um auch in Zukunft ihre Aufgaben für den deutschen Außenhandel und den Arbeitsmarkt im gegenwärtigen Umfang erfüllen zu können?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit die Priesterausbildungsstätten des Armenischen und des Ökumenischen Patriarchats in der Türkei, die seit den frühen 70er Jahren geschlossen sind, wieder geöffnet werden?

9. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit seitens des türkischen Staates die Rechtspersönlichkeit der christlichen Patriarchate und Kirchen anerkannt wird und die nach wie vor bestehenden juristischen Hürden, die christliche und nicht-moslemische Minderheiten in ihrer Religionsausübung behindern, abgeschafft werden?
10. Abgeordneter
Dr. Rainer Stinner
(FDP)
- Hält die Bundesregierung und halten der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, und der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, übereinstimmend und uneingeschränkt für das Kosovo weiter an dem Grundsatz „Standards vor Status“ fest, und falls ja, wie bewertet die Bundesregierung den Widerspruch zum Bericht des norwegischen NATO-Botschafters, Kai Eide, den dieser im Auftrag von UN-Generalsekretär Kofi Annan ausgearbeitet hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Für welchen Zeitraum ist noch mit Personenkontrollen im Rahmen des Schengener Abkommens an den Grenzübergängen Bundesrepublik Deutschland/Tschechische Republik bzw. Polen zu rechnen?
12. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung konkret, um die Funkkommunikation zwischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), die über analoge Funksysteme verfügen, und privaten Sicherheitsdiensten, die sich des Digitalfunks bedienen, sicherzustellen?
13. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus der Arbeit der EU-Unterarbeitsgruppe des Artikel-36-Ausschusses über Lösungsansätze zur Interoperabilität von technisch nicht kompatiblen Funksystemen gewonnen, und was bedeutet das für die Gewährleistung der Sicherheit der WM 2006?

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Wie viele antisemitische Straftaten wurden im zweiten Quartal 2004 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 15. Abgeordneter
Georg Schirmbeck
(CDU/CSU) | Wie soll die in § 60 Abs. 4 Kleinunternehmerförderungsgesetz verankerte Pflicht, eine Einnahmen-Überschuss-Rechnung, die vorher formlos von jedem Unternehmer selbst erstellt werden konnte, auf amtlich vorgeschriebenen Vordrucken durchzuführen, der Förderung von Kleinunternehmern dienen? |
| 16. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wie viele Wohnungen aus Bundeseigentum oder vom Bund beeinflusster Unternehmen hat die Bundesregierung seit 1998 verkauft und wie viele davon in der Landeshauptstadt München? |
| 17. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wie viele Wohnungen in diesem Sinne beabsichtigt die Bundesregierung in den kommenden Jahren in der Landeshauptstadt München zu verkaufen? |
| 18. Abgeordnete
Melanie Oßwald
(CDU/CSU) | Wann und wie hat der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (BMF), Caio Koch-Weser, die Entscheidung über den Verkauf deutscher Russland-Schulden getroffen (vgl. DER SPIEGEL 38/2004)? |
| 19. Abgeordnete
Melanie Oßwald
(CDU/CSU) | Warum unterblieb beim Verkauf der deutschen Russland-Schulden das sonst übliche Auswahlverfahren unter mehreren Bietern? |
| 20. Abgeordneter
Stefan Müller (Erlangen)
(CDU/CSU) | War der Staatssekretär im BMF, Caio Koch-Weser, in irgendeiner Weise, auch als Verwaltungsratsvorsitzender der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, mit Angelegenheiten der gesetzlichen Bankenaufsicht über die Deutsche Bank AG befasst, und wenn ja, in welcher? |

- | | |
|--|--|
| 21. Abgeordneter
Stefan
Müller
(Erlangen)
(CDU/CSU) | Seit wann führte der Staatssekretär im BMF, Caio Koch-Weser, mit der Deutschen Bank AG Gespräche über einen möglichen Eintritt in die Bank (vgl. DER SPIEGEL 38/2004)? |
| 22. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Wie hat sich das Lohnsteueraufkommen in den bayerischen und ostdeutschen Grenzregionen im Vergleich zu Gesamtdeutschland in den letzten zwei Jahren und seit dem EU-Beitritt der osteuropäischen Beitrittsstaaten am 1. Mai 2004 entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung? |
| 23. Abgeordneter
Albert
Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU) | Welche Datensätze liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor, die für ein adäquates Monitoring der wirtschaftlichen Entwicklung in den bayerischen und ostdeutschen Grenzregionen nach der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 herangezogen werden können? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

- | | |
|--|--|
| 24. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(FDP) | Wie hoch ist der Beitrag, aufgeschlüsselt nach Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil, den die Bundesregierung als bisheriger Dienstherr des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Dr. Alfred Tacke, der mit seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst auf seine Ansprüche als Beamter verzichtet, bei der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen hat, und wird sie, wie im Gesetz vorgesehen, beide Anteile bezahlen? |
| 25. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(FDP) | Werden durch die Verzögerungen bei der EDV für die Datenerfassung und Auszahlung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) Kostensteigerungen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) oder dem BMWA zu erwarten sein, und wenn ja, in welcher Höhe? |

26. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass es im Zuge der anstehenden Arbeitsmarktreform auch optierenden Kommunen und Kreisen, insbesondere solchen, die – wie in den neuen Ländern – künftig eine im Vergleich zu den bisherigen Leistungsempfängern von Sozialhilfe große Anzahl von Langzeitarbeitslosen zu betreuen haben, ermöglicht werden sollte, vorübergehend und in begrenztem Umfang erfahrenes Personal der BA im Wege von Dienstleistungsüberlassungsverträgen zu übernehmen, um in der Startphase das dort vorhandene Know-how bei den neuen Aufgaben der Arbeitsvermittlung einbringen und ihnen insoweit zu vergleichbaren Startbedingungen gegenüber den Arbeitsgemeinschaften verhelfen zu können?
27. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung in diesem Sinne gegenüber der BA tätig werden?
28. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Mit welcher konkreten finanziellen Entlastung können die sächsischen Kommunen (insgesamt und je Einwohner) durch die Umsetzung der bestehenden Regelungen der Hartz IV-Reform im Jahr 2005 rechnen?
29. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Ist es der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt möglich, Angaben zu einzelnen Landkreisen zu machen, und wenn ja, welche finanzielle Entlastung (insgesamt und je Einwohner) können die Landkreise Delitzsch, Torgau-Oschatz und Riesa-Großenhain durch die Umsetzung der bestehenden Regelungen der Hartz IV-Reform im Jahr 2005 erwarten?
30. Abgeordneter
Günter Baumann
(CDU/CSU)
- Können ALG II-Empfänger nach der ab 1. Januar 2005 geltenden Rechtslage die ihnen für Geldvermögen einerseits und für nicht kündbare Altersvorsorgeprodukte andererseits zustehenden Schonvermögensgrenzen zu einem Gesamtschonvermögensbetrag addieren, und wird somit eine Lebensversicherung, deren aktueller Wert das Doppelte des persönlichen Altersvorsorgeschonvermögens beträgt, von einer Anrechnung auf das ALG II ausgenommen, wenn kein weiteres Geldvermögen vorhanden ist?

- | | |
|--|---|
| 31. Abgeordneter
Günter Baumann
(CDU/CSU) | Wenn ja, ist garantiert, dass die Arbeitsagenturen dieses Additionsverfahren auch einheitlich umsetzen werden? |
| 32. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Wie ist der derzeitige Verhandlungsstand bezüglich eines Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Mercosur (gemeinsamer südamerikanischer Markt), und wie bewertet die Bundesregierung diesen? |
| 33. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Wird das Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur wie geplant bis Oktober 2004 abgeschlossen sein, und wenn ja, mit welchen inhaltlichen Ergebnissen ist nach Einschätzung der Bundesregierung zu rechnen? |
| 34. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | Auf welcher statistischen Grundlage wurde das ALG II von 331 Euro für die neuen Bundesländer und 345 Euro für die alten Bundesländer berechnet, und warum wurde das Ost-West-Gefälle bei der Festlegung des ALG II berücksichtigt, das Nord-Süd-Gefälle oder das Stadt-Land-Gefälle jedoch nicht? |
| 35. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | Wie viele illegale Preisabsprachen zwischen Unternehmen wurden 2003 und 2004 in der Bundesrepublik Deutschland aufgedeckt und geahndet, und wie hoch waren die durchschnittlichen Strafzahlungen? |
| 36. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU) | In welchen Rechtsformen sollten nach Auffassung der Bundesregierung die nach dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) zu gründenden Arbeitsgemeinschaften zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und den Agenturen für Arbeit ausgestaltet werden, um zu gewährleisten, dass die von den Arbeitsgemeinschaften zu erlassenden Verwaltungsakte rechtssicher sind? |
| 37. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU) | Ist nach Auffassung der Bundesregierung eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Agenturen für Arbeit und den kommunalen Gebietskörperschaften über die Gründung und Durch- |

führung einer Arbeitsgemeinschaft nach dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) ausreichend, um den von den so gegründeten Arbeitsgemeinschaften erlassenen Verwaltungsakten die notwendige Rechtssicherheit im Sinne des einschlägigen Verfahrensgesetzes zu vermitteln?

38. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Auf welche Durchführungsverordnungen oder Regelungen stützte sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Gerd Andres, als er die schriftliche Frage der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch an die Bundesregierung nach der „58er-Regelung“ (schriftliche Frage 40 auf Bundestagsdrucksache 15/3694) am 6. September 2004 dergestalt beantwortete, dass diese „Regelung bis Ende 2005 unverändert“ weiter gelte, und wie beabsichtigt die Bundesregierung mit den 396 045 Personen umzugehen, die vertraglich die „58er-Regelung“ bisher schon abgeschlossen haben (Stand Juni 2004)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

39. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung mit Blick auf die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, vom 2. August 2004 auf meine schriftlichen Fragen 64 und 65 auf Bundestagsdrucksache 15/3638 und das darin genannte Urteil des Landgerichts Münster hinsichtlich des § 7 des Heilmittelgesetzes i. V. m. § 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb einen Änderungsbedarf, und wenn nicht, wie sieht sie die Auswirkungen auf den Handel mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln?

40. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Warum behauptet die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, in ihrer Antwort auf meine Frage 38 in der Fragestunde am 30. Juni 2004 (Plenarprotokoll 15/116, S. 10634 D) der Bundesregierung „liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, dass es bei der Lieferung oder auch bei der Auslieferung (von Arzneimitteln an ausländische Versandapotheken) irgendwelche Probleme

gibt“, obgleich der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Dr. Klaus-Theo Schröder, in gleicher Angelegenheit einige Wochen vorher bereits klar auf diese Problematik hingewiesen hat (Interview bei Plusminus (NDR) vom 1. Juni 2004), und wie steht die Bundesregierung zu den Aussagen des Staatssekretärs?

41. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass nach Angaben des ARD-Magazins „Report“ (Sendung vom 13. September 2004, 21.45 Uhr) in Broschüren der Deutschen AIDS-Hilfe erklärt wurde, dass der ohne Kondom ausgeführte Geschlechtsverkehr für mit dem HI-Virus infizierte Menschen eine Gewissensentscheidung darstellt, und wie ist ihre Haltung zu dieser Frage?

42. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Wird die Aufsichtsbehörde der Deutschen AIDS-Hilfe, die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung, in diesem Zusammenhang Sanktionen verhängen, und wenn nein, warum nicht?

